

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 19. Januar 2005

Stabilitätspakt schützen, finanzpolitische Handlungsfähigkeit sichern, Inflation vorbeugen!

Bundesregierung erliegt dem „süßen Gift“ der Verschuldung

Die Stiftung Marktwirtschaft sieht immensen politischen und ökonomischen Schaden durch die von der Bundesregierung angestrebte Aufweichung des Stabilitätspaktes. „Aufweichung ist gleich Aufgabe, etwas anderes zu behaupten, wäre Täuschung“, so Vorstand Dr. Michael Eilfort: „Wer die klaren Regeln des Pakts in die Hände der Tagespolitik gibt, verabschiedet sich von ihnen.“

Finanzminister Eichel hatte Recht, als er vom „süßen, aber langfristig tödlichen Gift der Schuldenmacherei“ sprach. Die Bundesregierung gibt sich nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft inzwischen jedoch allzu leichtfertig dessen kurzfristig berauschender Wirkung hin und gefährdet die Zukunft unserer Kinder. Konsequenz auf ihrem Irrweg, will sie nun die Droge auf europäischer Ebene zum Medikament erklären lassen bzw. legalisieren.

„Dieses Vorgehen erschüttert unsere Glaubwürdigkeit in ganz Europa vollends“, urteilt Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Wenn Deutschland sich nicht mehr an die Regeln halten will, warum sollen es dann andere Länder, vor allem die neuen EU-Staaten tun?“ Noch schlimmer sei aber der ökonomische Schaden, der durch eine Aufweichung des Stabilitätspaktes entstehe. „Nach allen Erfahrungen kommt dies einem Dammbruch bei den Staatsschulden gleich. Im politischen Tagesgeschäft wird eine nachhaltige Finanzpolitik noch stärker als bisher unter die Räder geraten. Dabei wäre genau das Gegenteil notwendig: Eine konsequente Konsolidierung, auch wenn es weh tut.“ Der Wohlfahrtsstaat brauche eher eine kontrollierte Entzugstherapie als immer härtere Dosen des „süßen Gifts“ und neue Schuldenrekorde.

Deutschland lebe schon seit Jahrzehnten über seine Verhältnisse, betont Eilfort. „Es liegt scheinbar in der Logik der Politik, heute auf Pump den Wählern finanzielle Wohltaten zu gewähren, für deren Bezahlung man nicht mehr gerade steht.“ Dieses letztlich unverantwortliche Verhalten sei gewiß nicht nur der amtierenden Regierung vorzuwerfen. Doch weil die aktuelle Bundesregierung dieses Problem vor Jahren selbst thematisiert habe, wiege die Enttäuschung über ihr dazu nicht passendes Verhalten umso schwerer. „Vor allem angesichts der impliziten Verschuldung in den Sozialsystemen durch die demographische Entwicklung ist eine weitere Verschuldung unverantwortlich.“

„Zentrales Ziel des europäischen Stabilitätspaktes ist die langfristige Sicherung der Geldwertstabilität durch geordnete Staatsfinanzen. Denn alle großen Inflationen der Vergangenheit sind durch eine ‚Überschuldung‘ von Staaten mitverursacht worden.“ Insofern solle und müsse der Stabilitätspakt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die unerlässlich für niedrige Inflationsraten sei, schützen. „Am Ende des nunmehr eingeschlagenen Weges wird die Inflation stehen“, befürchtet Eilfort. Als „Taschendieb des kleinen Mannes“ werde sie in einigen Jahren für die Politik der bequemste Weg zur Entschuldung sein, mit verheerenden sozialen Folgen.

Welche immensen Probleme die Tagesfixierung der Politik verursacht, zeigt die Misere der Sozialversicherungen. Für seinen Satz „Die Rente ist sicher“ wird Norbert Blüm heute bestenfalls belächelt. „Auch unter den Konsequenzen der atemberaubenden Kurzsichtigkeit der deutschen Schuldenpolitik werden große Teile der Bevölkerung und die dann Verantwortlichen in der Politik in spätestens zehn bis fünfzehn Jahren dramatisch zu leiden haben“, prognostiziert Eilfort.

Abgesehen von der politischen Dimension weist Eilfort darauf hin, daß ohnehin die konjunkturell bedingten Schwankungen der Staatsfinanzen nicht Deutschlands Problem seien. Seit 1970 habe dieser Teil des Defizits immer zwischen -2 % und +2 % des BIP gelegen. Daher sei das 3 %-Kriterium des Maastricht-Vertrages keineswegs zu eng gewählt. „Problematisch ist vielmehr die Entwicklung des strukturellen Defizits in Deutschland. Zwar konnte dieses Mitte der 90er Jahre zunächst kontinuierlich verringert werden; seit 2000 hat sich die Entwicklung jedoch umgekehrt.“

Ganz im Gegenteil zu dem, was die Bundesregierung anstrebt, plädiert die Stiftung Marktwirtschaft für eine bessere Regeldurchsetzung beim Europäischen Stabilitätspakt statt einer Schaffung neuer Ausnahmen. „Auch wenn es uns in der aktuellen Situation schwer fällt: Wir müssen eine Kehrtwende auf dem Weg in die Schuldenfalle machen. Im Interesse Europas und vor allem im Interesse Deutschlands.“

(109 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de